



Ausschuss für Bauen und Verkehr

25. Sitzung (öffentlich)

21. September 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:50 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokollerstellung: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Abhandlung der Tagesordnung

1

1 Haushaltsgesetz 2007

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300
Vorlage 14/608

Einzelpläne 14 und 20

Der Ausschuss nimmt den Einführungsbericht des Ministers zu den Einzelplänen 14 und 20 für seinen Bereich entgegen und führt eine Aussprache durch.

Die Beratungen zum Personalhaushalt werden einvernehmlich an den Unterausschuss „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses überwiesen.

2 Landesentwicklungsgesellschaft NRW 17

Der Ausschuss spricht über die Umstände einer möglichen Veräußerung von LEG-Wohnungen.

3 „Rauchwarnmelder-Bonus“ in der Gebäudeversicherung -

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1026
Ausschussprotokoll 14/191

In Verbindung damit:

4 Sicherheit privater Haushalte steigern - freiwillige Initiative durch Überzeugung aller wohnungswirtschaftlichen Akteure fördern

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1081

Der Ausschuss kommt überein, sämtliche Anträge zu diesem Sachverhalt in einer der nächsten Sitzungen gemeinsam zu beraten.

(Kein Diskussionsteil)

5 Neues Wohnen im Alter -

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2089

In Verbindung damit:

6 „Jung und Alt“ in den Städten und Gemeinden - Zukunftskonzepte für ein neues Zusammenleben der Generationen in Nordrhein-Westfalen auszeichnen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2096

Dazu:**7 Zusammenleben der Generationen fördern - Mehrgenerationenkonzepte schaffen!**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2103 - Neudruck

Der Ausschuss ist vor Abhandlung der Tagesordnung übereingekommen, diese Punkte heute nicht zu behandeln.

8 Das NRW Ziel-2-Programm 2007 - 2013: EFRE- und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd ausgestalten 30

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2108
Vorlage 14/654

Minister Oliver Wittke (MBV) erstattet einen Bericht.

9 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz 1) -

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2242

Der Ausschuss hat zu Beginn der Sitzung diesen Tagesordnungspunkt abgesetzt.

10 Städtebauinvestitionen des Landes NRW 2006 -

Zu diesem Punkt gibt es keine Wortmeldung.

(Kein Diskussionsteil)

11 Regierungspläne zur Zukunft des ÖPNV in NRW 33

Nach dem Bericht des Ministers führt der Ausschuss eine Aussprache durch.

12 SPNV-Finanzierung 2007

-

Vorlage 14/645

Der Ausschuss stellt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen das Einvernehmen über die Vorlage her.

(Kein Diskussionsteil)

13 Mobilität in NRW durch mehr Erdgasfahrzeuge sichern! - Sparsame, umweltschonende und ausgereifte Technologie unterstützen

-

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/466

Der Ausschuss kommt überein, diesen Punkt heute nicht zu beraten.

(Kein Diskussionsteil)

14 Eiserner Rhein

39

In Verbindung damit:

15 Betuwe-Linie

Der Minister trägt einen kurzen Bericht vor.

16 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreuegesetzes Nordrhein-Westfalen

40

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1859

Der Ausschuss sieht von einem Votum ab, weil der federführende Ausschuss über diesen Gesetzentwurf bereits abschließend abgestimmt hat.

17 Umfassende Luftreinhaltung NRW - die Landesregierung muss sich dieser Herausforderung für Umwelt und Gesundheit stellen

-

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1992

Der Ausschuss verständigt sich darauf, kein Votum abzugeben.

(Kein Diskussionsteil)

18 Entwurf einer 5. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Bundesfernstraßengesetzes -

Vorlage 14/617

Das Benehmen wird einstimmig hergestellt.

(Kein Diskussionsteil)

19 Offensive gegen den Verkehrsstau in NRW -

Vorlage 14/459

Der Minister sagt zu, dem Ausschuss einen Bericht schriftlich zur Verfügung zu stellen. Danach soll entschieden werden, ob dieser Punkt in der nächsten Sitzung behandelt werden soll.

(Kein Diskussionsteil)

20 Umsetzung der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster zum Flughafen Düsseldorf -

Der Ausschuss verständigt sich darauf, diesen Punkt in der nächsten Sitzung zu beraten.

(Kein Diskussionsteil)

21 Terminplan 2007 -

Der Ausschuss genehmigt folgenden Terminplan für das Jahr 2007:

18. Januar	2007
01. Februar	2007
15. März	2007
19. April	2007
10. Mai	2007
16. August	2007
13. September	2007
11. Oktober	2007
08. November	2007
29. November	2007

Aus der Diskussion

Vor Abhandlung der Tagesordnung

Vorsitzender Wolfgang Röken schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5 bis 7 abzusetzen, weil der federführende Ausschuss für den 1. Februar 2007 eine Expertenanhörung beschlossen habe. Die Beratungen sollten erst nach dieser Anhörung durchgeführt werden.

Zum Tagesordnungspunkt 9 „Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau“ erhalte man den Bericht des Ministers schriftlich, sodass auf die heutige Beratung nach Vorschlag aus der Mitte des Ausschusses verzichtet werden könne.

Der **Ausschuss** ist mit den Vorschlägen zur Behandlung der Tagesordnung einverstanden.

1 Haushaltsgesetz 2007

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300
Vorlage 14/608
Einzelpläne 14 und 20

Minister Oliver Wittke führt aus:

Wie bereits der Etat 2006 meines Hauses ist auch der Entwurf des Haushaltes 2007 geprägt von den notwendigen Konsolidierungsbemühungen. Der eingeschlagene Konsolidierungskurs bei den Landesfinanzen muss und wird fortgesetzt werden, um überhaupt wieder größere politische Gestaltungsmöglichkeiten für die Menschen in diesem Lande zu erhalten. Wir müssen weiter konsolidieren, uns auf das Wesentliche konzentrieren und die richtigen Akzente setzen. Auch im nächsten Jahr gibt es nicht mehr Geld zu verteilen.

Grundsätzlich ist die Aufstellung des Landeshaushalts überlagert durch Entscheidungen des Bundes, Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln vorzunehmen, und die Auswirkungen der Föderalismusreform beim GVFG und bei der sozialen Wohnraumförderung. Die bundesrechtlichen Änderungen wurden gleichzeitig beziehungsweise unmittelbar nach dem Beschluss der Landesregierung zum Haushalt 2007 getroffen. Daher konnten sie noch keine Berücksichtigung im Haushaltsentwurf 2007 finden. Die Auswirkungen der bundesrechtlichen Änderungen werden aber im Rahmen einer Ergänzungsvorlage in den Haushaltsentwurf 2007 eingearbeitet.

Und noch ein geschäftsführender Hinweis: Auf den Einzelplan 20 werde ich heute nicht weiter eingehen, weil dort mit dem Übergang der Zweckzuweisungen im Bereich des Städtebaues und Denkmalpflege in den Einzelplan 14 im Haushaltsjahr

